

Aktuelles

Meinung der Kirchen zu politischen Debatten nicht gefragt



Im Sonntagsblick wird das Thema des politischen Drucks auf Kirchen aufgenommen

Quelle: Livenet

Eine nichtrepräsentative Umfrage des SonntagsBlick im Vorfeld der Abstimmung zur 10-Millionen-Schweiz-Initiative zeigt klar: Die Kirche soll sich nicht in politische Entscheidungsprozesse einmischen.

7'045 Leserinnen und Leser haben bei der Umfrage zum Thema «Sollen sich die Kirchen politisch stärker engagieren?» teilgenommen. Am gestrigen 10. Mai 2026 hat die SonntagsBlick-Redaktion das Ergebnis publiziert. Satte 84 Prozent sind dagegen, dass die Kirchen in politischen Debatten ihre Stimme lautstark oder noch lautstärker erheben. Lediglich 16 Prozent fänden eine stärkere Beteiligung der Kirchen vor Abstimmungen den richtigen Weg.

«Staat und Kirche müssen getrennt sein»

«Wo ist die gottliche Gerechtigkeit?»

7045 Leserinnen und Leser haben abgestimmt: Die wenigsten fordern mehr Politik seitens der Kirchen.

Die geeignete Art und das richtige Mass des politischen Engagements zu finden, ist für die Kirchen eine stetige Gratwanderung. Den einen ist es zu viel, den anderen zu wenig.
Fritz Häuselmann, Gelterkinden BL

Die Kirchen sollen sich auf keinen Fall stärker politisch engagieren. Kirche und Staat sind in der Schweiz getrennt. Die Kirche hat genug zu tun, sich in den eigenen Reihen zu engagieren. Man denke nur an die Aufarbeitung der ganzen Missbräuche.
Esther Betschart, Schindellegi SZ

Niemals. Staat und Kirche müssen getrennt sein. Diese geistlichen Würdenträger sollen zuerst ihre Verfehlungen zugeben. Seit mehreren Jahren sind ihre Verfehlungen bekannt, und es wird nichts gemacht. Wo ist hier die von ihnen gepredigte göttliche Gerechtigkeit?

Sollen sich die Kirchen politisch stärker engagieren?

Ja 16%

Nein 84%



Es wurde gut daran getan, Kirche und Politik voneinander zu trennen. Die Kirche tut gut daran, sich auch bei dieser Abstimmung ruhig zu verhalten.
Rudolf Ogi, Hirschtal AG

wegen dieser Religion weltweit am meisten verfolgt und diskriminiert werden.
Tomi Meyer, Jakarta (Indonesien)

Die Kirchen vielleicht nicht, einzelne

Die Kirche muss gar nichts und sie soll auch nicht. Das ist einer der Hauptgründe, warum ich ausgetreten bin. Kirche ist Kirche, und Kirche soll keine Politik machen. Sonst werden sie noch mehr Mit-

Die Umfrage lautet «Soll sich die Kirche politisch stärker engagieren?»

Quelle: Livenet

Die Mehrheit der SonntagsBlick-Leserschaft begrüsst das. Die Zeitung hat einige Stimmen publiziert: Josef Bühler aus Dietwil AG findet, Staat und Kirche müssten getrennt sein und die geistlichen Würdenträger sollten zuerst ihre Verfehlungen zugeben und bei sich aufräumen. «Wo ist hier die von ihnen gepredigte göttliche Gerechtigkeit?» Auch Esther Betschart aus Schindellegi SZ findet, dass sich Kirchen «auf keinen Fall stärker politisch engagieren» sollten. Fridolin Gafner aus Genf hingegen sieht es als Aufgabe der Kirche, sich bei ethischen und moralischen Themen öffentlich zu äussern.

Schliesslich stellt Fritz Häuselmann aus Gelterkinden BL nüchtern fest, das geeignete Mass des politischen Engagements zu finden, sei für die Kirchen eine stetige Gratwanderung. «Den einen ist es zu viel, den anderen zu wenig.»

Landeskirchen verzichten auf Parolen

Auslöser der Umfrage war die passive Haltung sowohl der reformierten wie auch der katholischen Kirchen zur SVP-Initiative, die das Bevölkerungswachstum nicht

über 10 Millionen steigen lassen will. Traditionell ist Migration ein Kernthema der Landeskirchen, zu dem sie sich in der Vergangenheit oft aktiv geäußert hatten. Diesmal verzichten jedoch sowohl die Schweizer Bischofskonferenz wie auch die Evangelisch-reformierte Kirche auf eine Stellungnahme.

Beide Kirchen geben zwar auf Rückfrage der Blick-Redaktion zu Protokoll, dass Migration weiterhin ein zentrales Thema sei. Man wolle die Diskussion aber nicht auf ein Ja oder Nein verkürzen, da hier «komplexe gesellschafts-, wirtschafts- und migrationspolitische Abwägungen» im Vordergrund stünden. Eine Parole würde die notwendige Debatte verkürzen.

EKS-Präsidentin: «Ängste ernstnehmen»



Rita Famos

Quelle: Evangelisch-reformierte Kirche Schweiz EKS

Gegenüber der eigenen Zeitung «reformiert» begründet Rita Famos, Präsidentin des Rats der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz (EKS), ihre Haltung zur Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» ausführlich: «Die Initiative betrifft unsere Gesellschaft sehr existenziell. Und damit auch die Kirche, die in dieser Gesellschaft Kirche ist. Das ist ganz klar. Als Institution hingegen betrifft sie die Initiative nicht unmittelbar.»

Die EKS-Präsidentin Rita Famos findet, dass man die Ängste der Bevölkerung ernst nehmen müsse. Ihrer Meinung nach stellt die SVP-Initiative die richtigen Fragen, gebe aber die falsche Antwort. [Das ganze Interview](#) ist auf dem Online-Portal von «reformiert» frei verfügbar.

SRG-Trendumfrage zeigt Pattsituation

Spätestens seit der SRG-Umfrage von letzter Woche werden die Gegner der 10-Millionen-Schweiz-Initiative sehr ernst genommen. Diese Trendbefragung zeigt, dass im Moment 47 Prozent Ja und 47 Prozent Nein sagen würden. Lukas Golder vom Meinungsforschungsinstitut GfS Bern spricht in der NZZ vom Samstag, 9. Mai, von einem offenen Ausgang. Die Meinungsbildung ist gemäss Golder schon weit fortgeschritten. Die Eidgenössische Volksabstimmung zur Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» findet am 14. Juni 2026 statt.

Ebenfalls zur Abstimmung kommt dann die Änderung des Zivildienstgesetzes. Der Bundesrat und die Mehrheit des Parlaments wollen den Wechsel von der Armee zum Zivildienst mit sechs Massnahmen erschweren. Zurzeit zeichnet sich bei dieser Vorlage ein knapper Ja-Trend von 52 Prozent ab (ebenfalls SRG-Trendumfrage, durchgeführt vom GfS Bern).

*Zum Autor: **Florian «Flo» Wüthrich** ist seit über 25 Jahren als Journalist tätig. 2014 wechselte er vom Radio- in den Online-Journalismus. Bei Livenet ist er seit über zehn Jahren als Chefredaktor und Talkmaster tätig, 2023 hat er zudem die Verantwortung als Livenet-CEO übernommen. Flo wirkt als Brückenbauer in der christlichen Szene mit dem Anliegen, das Evangelium authentisch und gesellschaftsrelevant zu kommunizieren.*

Datum: 11.05.2026

Autor: Florian Wüthrich

Quelle: Livenet

Tags

[Christen in der Gesellschaft](#)

[Kirchen und Werke](#)

[Politik](#)

[Schweiz](#)